

Positionspapier: Demografischer Wandel

Die Menschen in Deutschland werden weniger, die Gesellschaft immer älter - die Prognosen sind eindeutig. Doch was bedeutet diese Entwicklung für das Leben, das wir in der Bundesrepublik in der Zukunft führen werden? Wie werden die Alten zurechtkommen und was verändert sich für die Jüngeren? Strategien für die positive Gestaltung des demografischen Wandels sind längst bekannt und müssten umgesetzt werden.

Kurzfristige Perspektiven:

- Wichtig sei es beispielsweise, den Wohnungsbestand an die sich verändernden Bedürfnisse anzupassen. So müsse einerseits für ein ausreichendes Angebot an barrierefreien und altersgerechten Wohnungen gesorgt werden und andererseits auch weiterhin genügend familiengerechter Wohnraum vorhanden sein, damit die Städte für Familien mit Kindern attraktiv blieben. Der zügige Aufbau von Mehr-Generationenhäuser oder Senioren-WGs wäre ein erster bemerkenswerter Schritt, die Angst der Senioren vor dem Alter zu begrenzen.
- Die von der AG Sozialpolitik aufgestellten Forderungen nach dem bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) oder ALG II sind so ausgelegt, dass dem betroffenen Personenkreis die Angst vor dem Alter werden nehmen.
- Weitere Maßnahmen müssten umgehend eingeleitet werden, um eine Erhöhung der Geburtenrate in Deutschland zu erreichen. Die Piratenpartei setzt dabei ganz auf die Unterstützung der Familie, besonders in der frühkindlichen Erziehung wie die AG Erziehung es plant. Maximale Unterstützung durch die Politik, Informationen für junge Eltern und tatkräftige Beratung können den für die Kinder wichtigsten Bereich, die kindliche Früherziehung, umfassend begleiten.

Die Rente ist das Produkt aus den vier Faktoren:

- Erziehung
- Schulausbildung
- Berufsausbildung
- Arbeitsleben

Je näher die Erziehung am Optimum verläuft, desto besser stellen sich die Chancen für die anschließenden Weiterbildungsmaßnahmen dar. Eine optimale Kinderbetreuung würde auch die kontinuierliche Beschäftigung der Frauen ermöglichen und somit die Chance eröffnen, selbst mit der Geburt von zwei oder drei Kindern berufliche Anerkennung und Förderung zu erreichen. Auch hier ist der Staat gefordert.

2,2 Millionen Deutsche im Alter von 20 bis 34 Jahren in Deutschland haben keinen Schulabschluss und keine Berufsausbildung!!! Die neue Generation von Hartz IV-Empfängern und/oder Arbeitslosen befinden sich schon auf dem Arbeitsmarkt, die die gegenwärtigen 2,8 Millionen Arbeitslosen noch weit in den Schatten stellen werden. Die Welle der geistigen Armut in Deutschland muss gestoppt werden.

Kurzfristig müssten auch andere Veränderungen eingeleitet werden, ohne die in naher Zukunft erneut erhebliche Belastungen für den Staatshaushalt auftreten würden:

- Reduzierung des Beamtentums in Tätigkeitsbereichen ohne hoheitliche Aufgaben
- Straffung der politischen Strukturen
 - o Reduzierung des Einflusses des Föderalismus
 - o Verhinderung von weiteren bereits geplanten Verwaltungsstrukturen
 - z.B. Regionalparlament in NRW
- Anpassung der Pensionslasten
 - o Intensivierung der Reduzierung der Pension auf Rentenniveau
 - Verkürzung der Laufzeit: 2031 gehen Beamten erstmalig mit 67 in Pension
 - o Reduzierung der Beihilfe zur Krankenversicherung (bisher 70%)
 - o Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Beamte und Beamtinnen im Alter rund viermal soviel Geld zur Verfügung haben, wie die gesetzliche Grundsicherung für normale Rentner vorsieht. Die vielfach diskutierte Altersarmut kann damit weitestgehend nur Arbeitnehmer betreffen, Beamte und Beamtinnen sind davon im Regelfall ausgenommen.
- Längere Arbeitsmöglichkeiten über 67 Jahre hinaus

- Flexible Regelung bis 70 Jahre
- Anpassung an demografischen Wandel / Überprüfung alle 5 Jahre
- Längere Arbeitstätigkeiten mit Anerkennung bei Rentenansprüchen
- Anerkennung der Pflegezeit von dementen
- Verbesserung von Arbeitsbedingungen
- Krankenpflichtversicherung für alle Beschäftigten und Selbstständige
- Reduzierung der Krankenkassen von 140 auf 25
 - Reduzierung der Krankenversicherungsbeiträge

Mittelfristige Maßnahmen

Modifizierung der Studienbedingungen

- Ausbau der betrieblichen Studiengänge mit Sozialabgabepflicht
- Duales Studium (Ausbildung/Studium) mit Sozialabgabepflicht
- Umstellung der Studiengänge von Semester auf Trimester

Ausbau der gesundheitlichen Versorgung

Verbesserung der Pflege von älter werdenden Personen

Längerfristige Maßnahmen wären:

- Reduzierung der Bundesländer von 16 auf 7

Bundestag	620
Bayern	187
B-W	138
Saarland	60
R-Pf	101
NRW	237
Niedersachsen	152
Brandenburg	88
Bremen	83
Hamburg	129
Berlin	149
Sachsen	123
Thüringen	88
S-H	69
S-Anh	105
Hessen	118
Meckl-Vorpom.	71
	2518

-
- 2518 Politiker sind somit in den verschiedenen Landtagen und im Bundestag tätig. Dass hier der unter allen Umständen am Föderalismus festgehalten wird und bei jeder Gelegenheit die Vorzüge des Föderalismus gelobt werden, sind nur ein Feigenblatt für die banalen Versuche, Posten für die Politik zu retten. Probleme beim Kita-Ausbau, Pisa-Ergebnisse der 16 Bundesländer und nicht zuletzt der katastrophale Einstieg in die Energiewende geben Zeugnis von der problembelasteten Zusammenarbeit von Bund und Ländern.
- In Stadtstaat Bremen ist ein Politiker für 6066 Bürger zuständig, in Baden-Württemberg sind es 77862 pro Politiker!
- Reduzierung auf 25 Krankenkassen
- Beamtentum auf hoheitliche Aufgaben beschränken

Fazit: Es gibt viel zu tun, packen wir es an!